

Amtsblatt der Stadt Landshut

65. Jahrgang Nr. 25

Dienstag, 07. Juni 2022

Einzelpreis 1,75 €

INHALTSVERZEICHNIS: - Festsetzung der Grundsteuer für das Kalenderjahr 2022 -; Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 06-74 „Östlich Wildbachstraße – Am Föhrenanger“ vom 07.04.2022 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB entsprechend § 13a Abs. 3 Satz 2 BauGB; Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 10-83/2 „Nördlich Wilhelm-von-Kaulbach-Weg“ vom 04.03.2005 i.d.F. vom 07.04.2022 hier: Ortsübliche Bekanntmachung der erneuten Auslegung gem. § 4a Abs. 3 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB; Vollzug des BauGB; Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut mit Deckblatt Nr. 68 vom 29.04.2022 im Bereich „Am Altenbacher Graben“ hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Fortschreibungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB; LAVV-Tarif zur befristeten Einführung des 9-Euro-Tickets mit Änderung des LAVV-Tarifs vom 1.5.2022;

- Festsetzung der Grundsteuer für das Kalenderjahr 2022 -

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 31.03.2022, vorbehaltlich der dienstaufsichtlichen Genehmigung durch die Regierung von Niederbayern, den Hebesatz der Grundsteuer **A** (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) auf 300 v.H. und der Grundsteuer **B** (Grundvermögen) auf 430 v.H. für das Kalenderjahr 2022 festgesetzt. Gegenüber dem Kalenderjahr 2021 ist somit keine Änderung eingetreten, so dass auf die Erteilung von Grundsteuerbescheiden für das Kalenderjahr 2022 verzichtet wird. Für alle diejenigen Grundstücke, deren Bemessungsgrundlage (Messbetrag) sich seit der letzten Bescheiderteilung nicht geändert haben, wird deshalb durch diese öffentliche Bekanntmachung gemäß § 27 Abs. 3 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965) die Grundsteuer für das Kalenderjahr 2022 in der zuletzt für das Kalenderjahr 2021 veranlagten Höhe festgesetzt. Die Grundsteuer 2022 wird mit den in den zuletzt erteilten Abgabenbescheiden festgesetzten Vierteljahresbeträgen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November 2022 fällig. Für Steuerpflichtige, die von der Möglichkeit des § 28 Abs. 3 Grundsteuergesetz Gebrauch gemacht haben, wird die Grundsteuer 2022 in einem Betrag am 01. Juli 2022 fällig. Wurden bis zur Bekanntmachung bereits Grundsteuerbescheide für das Kalenderjahr 2022 erteilt, so sind die darin festgesetzten Beträge zu entrichten. Sollten die Grundsteuerhebesätze geändert werden oder ändern sich die Besteuerungsgrundlagen (Messbeträge), werden gemäß § 27 Abs. 2 Grundsteuergesetz Änderungsbescheide erteilt.

Mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung dieser Steuerfestsetzung treten für die Steuerpflichtigen die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn an diesem Tage ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre. Die Steuerfestsetzung kann innerhalb einer Frist von einem Monat, die mit dem Tage der Bekanntmachung zu laufen beginnt, durch Widerspruch bei der Stadt Landshut - Steueramt - angefochten werden.

STADT LANDSHUT

Amt für Finanzen

- SG Steueramt u. Anliegerleistungen -

Vollzug des BauGB:
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 06-74 „Östlich Wildbachstraße – Am Föhrenanger“ vom 07.04.2022
im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)
hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche
Bekanntmachung der Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB ent-
sprechend § 13a Abs. 3 Satz 2 BauGB



Der Bausenat der Stadt Landshut hat beschlossen, für das im abgedruckten Plan dargestellte Gebiet einen Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die

Nr. 06-74

und die Bezeichnung

„Östlich Wildbachstraße – Am Föhrenanger“.

Dies wird hiermit gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren sind gegeben, da die zulässige Grundfläche der baulichen Anlagen im Geltungsbereich unter 20.000m² liegen. Durch die Aufstellung wird nicht die Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen. Außerdem bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. b BauGB genannten Schutzgüter. Damit ist nach § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB kein Ausgleich nach der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung erforderlich.

Es wird hiermit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ortsüblich bekannt gemacht, dass keine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt wird.

Wesentliche Ziele und Zwecke der Planung sind eine der baulichen, geografischen und städtebaulichen Umgebung sowie dem vorhandenen Erschließungsnetz angemessene Nachverdichtung

Die Stadt Landshut gibt der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB die Gelegenheit, sich über die allgemeinen Ziele und Zwecke, sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung zu unterrichten und sich hierzu innerhalb der Frist vom

15.06.2022 bis einschl. 15.07.2022

zu äußern.

Die Unterrichtung erfolgt aus Gründen der Gesundheitsvorsorge durch Schaufenster-Aushang im Bereich der Eingangsrampe des Stadtjugendamtes, Luitpoldstraße 29b, 84034 Landshut sowie in Abhängigkeit von Dauer bzw. Einhaltung der Zutrittsbeschränkungen zu den Rathäusern parallel beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Zusätzlich können die Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

<http://www.landshut.de/bauleitplaene>

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen.

Stellungnahmen können während der genannten Frist vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

STADT LANDSHUT
- Referat für Bauen und Umwelt -
Amt für Stadtentwicklung, Stadtansanierung und Stadtplanung

Vollzug des BauGB:
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 10-83/2 „Nördlich Wilhelm-von-Kaulbach-Weg“ vom 04.03.2005
i.d.F. vom 07.04.2022
hier: Ortsübliche Bekanntmachung der erneuten Auslegung gem. § 4a Abs. 3 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB



Die Stadt Landshut legt gemäß § 4a Abs. 3 BauGB den vom Bausenat in seiner Sitzung vom 07.04.2022 gebilligten Entwurf des Bebauungsplanes

Nr. 10-83/2 „Nördlich Wilhelm-von-Kaulbach-Weg“

erneut nach § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom

15.06.2022 bis einschl. 15.07.2022

aus.

Zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 10-83/2 „Nördlich Wilhelm-von-Kaulbach-Weg“ vom 04.03.2005 i.d.F. vom 07.04.2022 mit eingearbeitetem Grünordnungsplan und textl. Festsetzungen auf dem Plan gehören die Begründung und der der Begründung beigeheftete Umweltbericht mit eingearbeiteter naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung.

Es sind umweltbezogene Informationen in der Begründung, dem Umweltbericht, den vorliegenden Gutachten sowie in den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Themenkomplexe Wasserwirtschaft und Abwasser, Verschattung landwirtschaftlicher Flächen, Immissionsschutz, Klimaschutz und Bepflanzung unter der Hochspannungsfreileitung verfügbar.

Die Auslegung erfolgt durch Schaufenster-Aushang im Bereich der Eingangsrampe des Stadtjugendamtes, Luitpoldstraße 29b, 84034 Landshut sowie parallel beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden. Zusätzlich können die Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Beteiligung.aspx

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen.

Stellungnahmen können während der Auslegungsfrist vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

STADT LANDSHUT
- Referat für Bauen und Umwelt -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Vollzug des BauGB:
Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut mit Deckblatt Nr. 68 vom 29.04.2022 im Bereich „Am Altenbacher Graben“
hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Fortschreibungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Der Stadtrat der Stadt Landshut hat am 29.04.2022 die Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut mit

Deckblatt Nr. 68 im Bereich „Am Altenbacher Graben“

beschlossen. Dies wird hiermit gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig wurde dem Vorentwurf des Deckblattes im Grundsatz zugestimmt.

Für dieses Deckblatt wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Die Darlegungsunterlagen können in der Zeit vom

15.06.2022 bis einschl. 15.07.2022

eingesehen werden. Die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt durch Schaufenster-Aushang im Bereich der Eingangsrampe des Stadtjugendamtes, Luitpoldstraße 29b, 84034 Landshut sowie parallel beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden. Zusätzlich können die Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Beteiligung.aspx

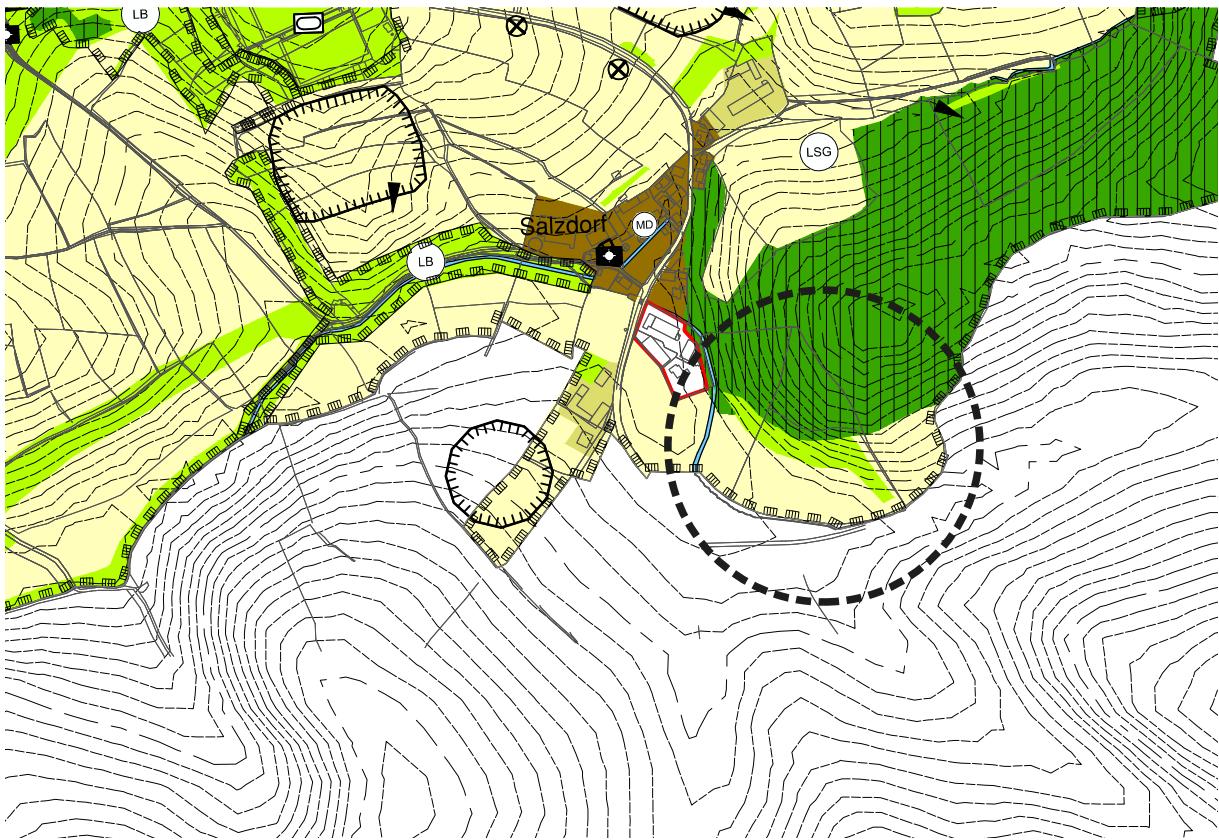
Während dieser Frist besteht allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Des Weiteren liegt der Vorentwurf des Umweltberichtes gem. § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB im gleichen Zeitraum mit aus. In diesem Vorentwurf wird die Planung beschrieben und die Ziele des Umweltschutzes, die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, werden dargelegt. Eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands sowie eine Beschreibung der Umweltauswirkungen der Planung und eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands sind ebenfalls Inhalt dieses Vorentwurfes. Darüber hinaus werden die Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen festgelegt.

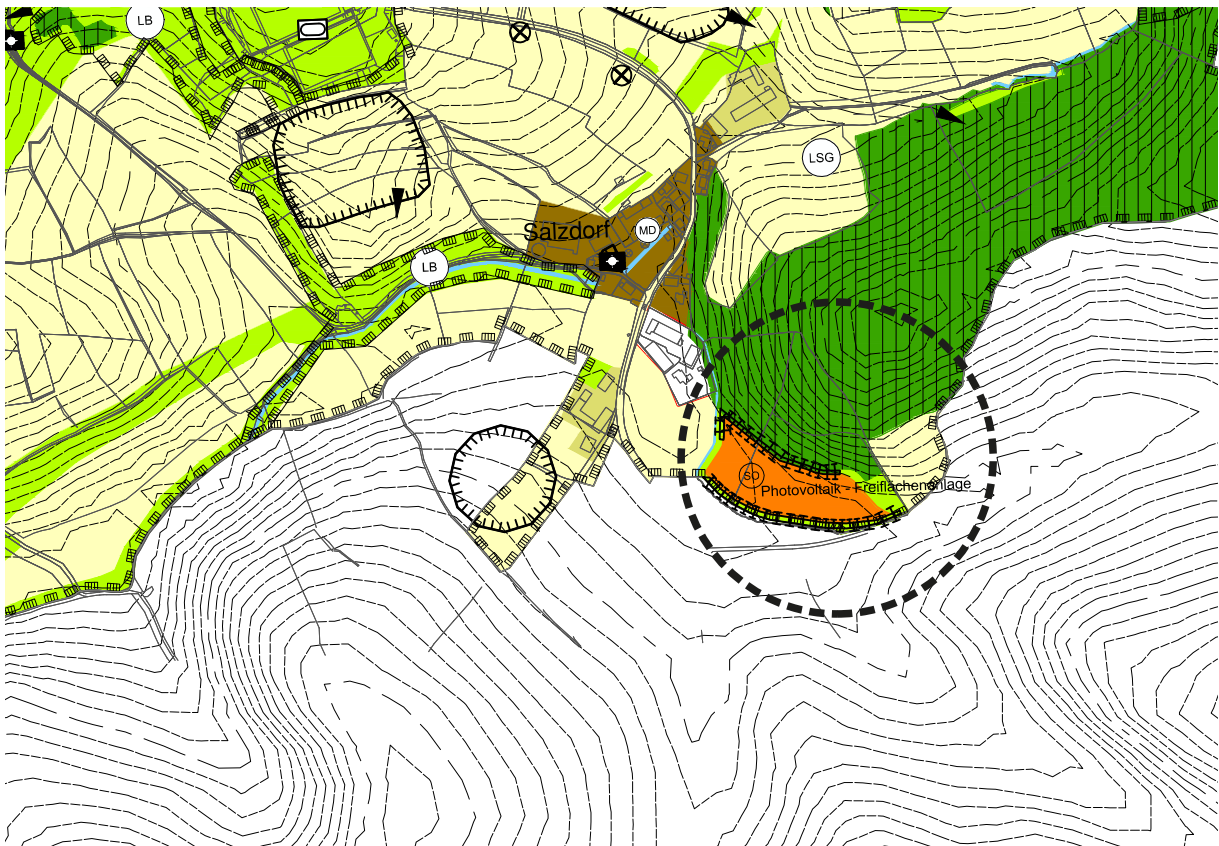
Stellungnahmen können während der genannten Frist vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

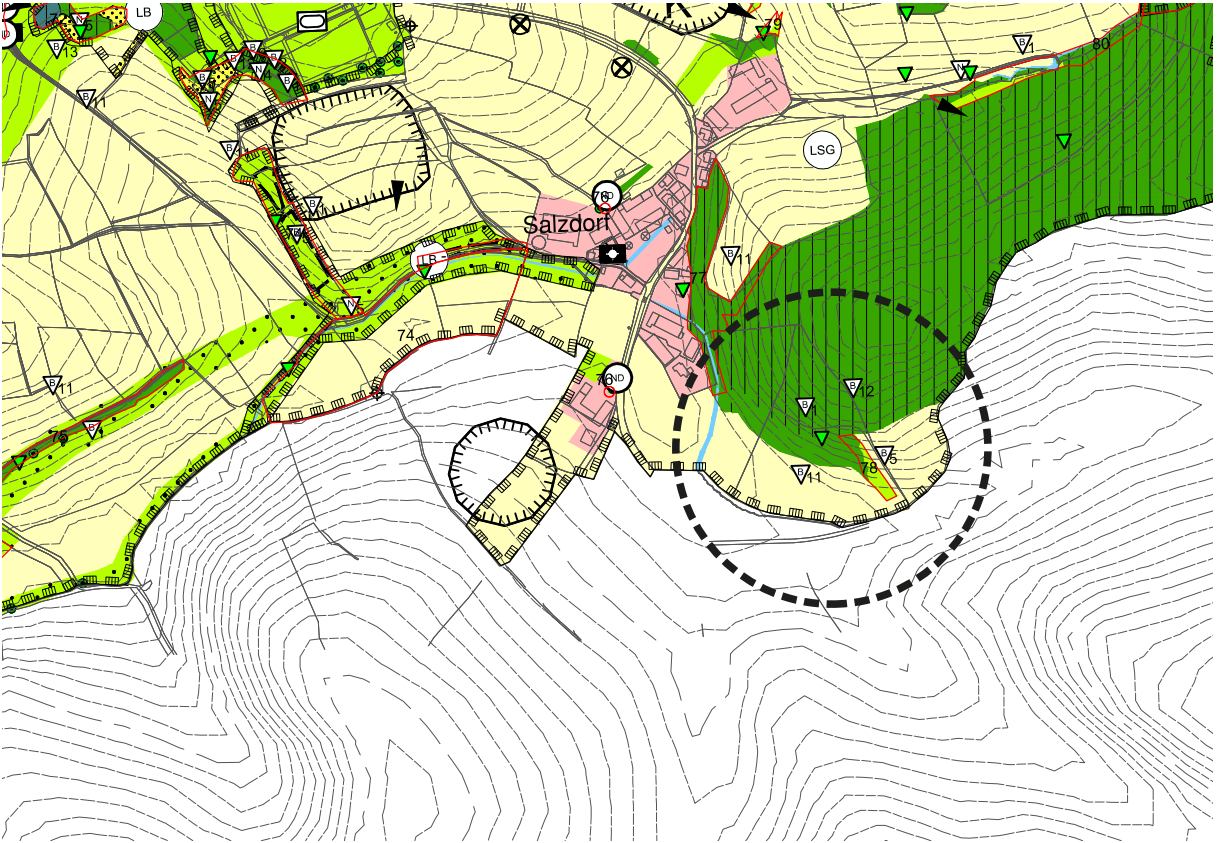
STADT LANDSHUT
- Referat für Bauen und Umwelt -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung



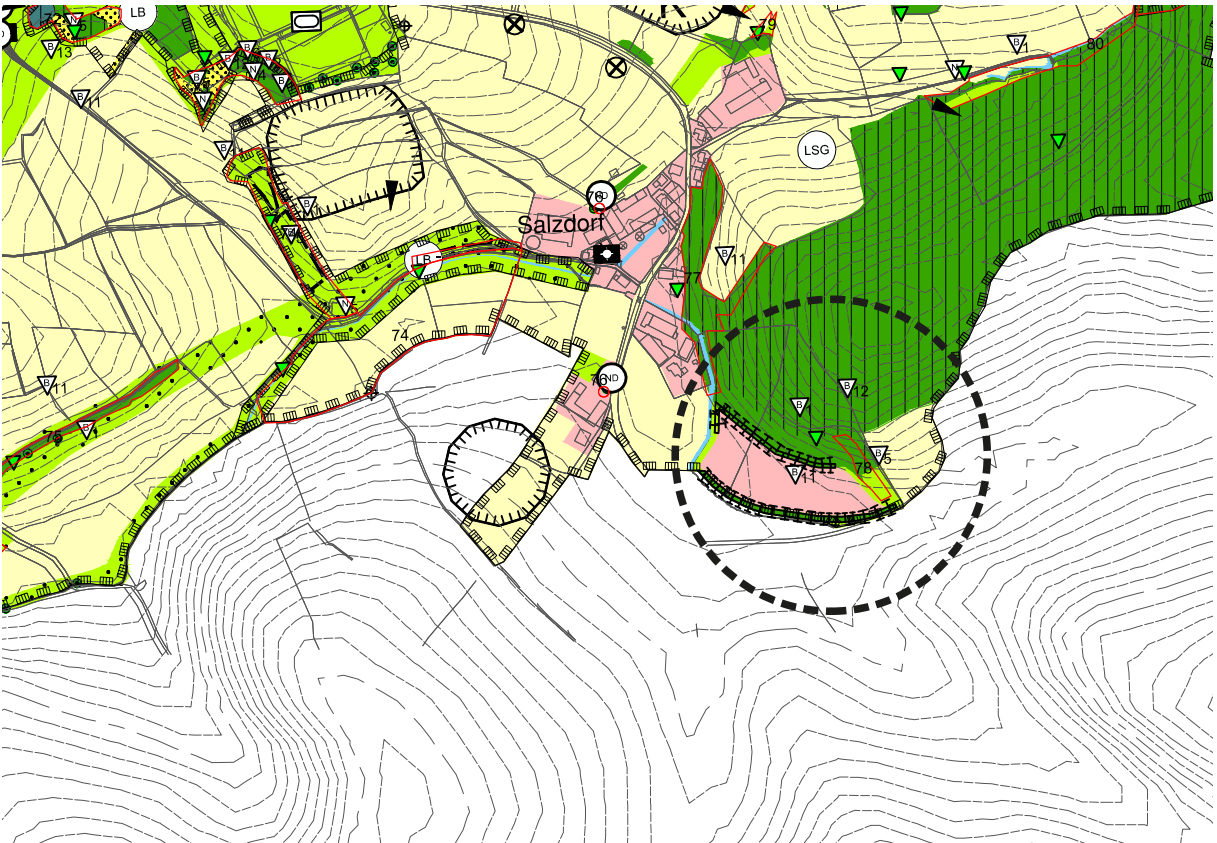
Wirksamer Flächennutzungsplan



Änderung Flächennutzungsplan mit Deckblatt Nr. 68 im Bereich
 "Am Altenbacher Graben"



Wirksamer Landschaftsplan



Änderung Landschaftsplan mit Deckblatt Nr. 68 im Bereich
"Am Altenbacher Graben"

Legende Flächennutzungsplan

Art der baulichen Nutzung (§5 Abs. 2 Nr.1 BauGB)

	Wohnbauflächen (§1 Abs. 1 Nr.1 BauNVO)
	Wohnbauflächen (§1 Abs. 1 Nr.1 BauNVO) langfristige Planungen
	Dorfgebiete (§5 BauNVO)
	Urbane Gebiete (§6a BauNVO)
	Mischgebiete (§6 BauNVO)
	Kerngebiete (§7 BauNVO)
	Gewerbegebiete (§8 BauNVO)
	Gewerbegebiete (§8 BauNVO) - langfristige Planungen
	Gewerbegebiete (§8 BauNVO) mit Funktion Dienstleistung
	Industriegebiete (§9 BauNVO)
	Industriegebiete (§9 BauNVO) - langfristige Planungen
	Sondergebiete (§11 BauNVO) mit Bezeichnung der Nutzung (z.B. EH = Einzelhandel)
	Landwirtschaftliche Betriebe im Außenbereich
	Bauliche Fehlentwicklungen im Außenbereich
	Bauliche Entwicklungen erst nach Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen möglich
	Flächen für Bahnanlagen mit Umnutzungspotenzial

Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs (§5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

	Flächen für den Gemeinbedarf
Einrichtungen und Anlagen	
	Öffentliche Verwaltungen
	Schule
	Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Sozialen Zwecken dienende Gebäude
	Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtung
	Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
	Feuerwehr
	Kindergarten
	Sportanlagen

Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrsströme (§5 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB)

	Autobahnen
	Bauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (40m)
	Anbaubeschränkungszone gemäß § 9 Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz (100m)

Hauptverkehrsstraßen und wichtige Erschließungsstraßen

	Bestand
	Planungen, vom Stadtrat beschlossen
	Planungen
	Trassenkorridore
	Vermerk: planfestgestellte Trasse
	Hinweis raumgeordnete Trasse B15 neu

	Flächen für ruhenden Verkehr
	geplante Park-and-Ride-Plätze
	Hofbergtunnel

	nachrichtliche Übernahme: Flächen für den Flugverkehr mit Kennzeichnung des beschränkten Bauschutzbereiches gem. §17 LuftVG (Radius 1,5 km)
	geplante Brücke bzw. Unterführung (Fuß- und Radwege)

Ergänzung des Schienennetzes

	geplanter Haltepunkt
--	----------------------

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)

	Zweckbestimmung
	Elektrizitätswerk
	Umspannwerk
	Schallhaus
	Wasserbehälter
	Pumpwerk
	Wasserwerk
	Brunnen
	Kläranlage
	Gas
	TV-Umsetzer

Hauptversorgungsleitungen (§5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 BauGB)

	220 kV - Freileitung / 110 kV-Freileitung
	20 kV - Freileitung / 20 kV-Freileitung
	Erdgas
	Funkfeld, TV - Umsetzer
	Abbau- und Auffüllungsflächen, Nachfolgenutzungen
	Abbau- und Auffüllungsflächen, Nachfolgenutzungen Planung

Grünflächen (§5 Abs. 2 Nr. 2 und 5 BauGB)

	Gliedernde und abschirmende Grünflächen
	Parkanlage
	Dauerkleingärten
	Sportplatz
	Spielplatz
	Zeltplatz
	Badeplatz, Freibad
	Friedhof
	Bauflächen mit Grünfunktion
	Naherholungsgebiet (ehem. Müllberg)

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)

	Still- und Fließgewässer
	Wasserschutzgebiet (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)
	Überschwemmungsgebiet HQ ₁₀₀ (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)
	Hochwasserrisikogebiet HQ ₁₀₀₀ (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)
	Quellen
	Regenwasserrückhaltebecken

Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§5 Abs. 2 Nr. 9 und 10 BauGB)

	Waldfläche
	Bei nicht anderweitiger Nutzung für eine Aufforstung vorrangig zu prüfen
	Acker- und Grünlandflächen
	Erwerbsgärtnerei

Waldfunktionen (nachrichtliche Übernahme Wald funktionsplan)

	Flächenhafte Darstellung
	Sichtschutz/Schallschutz
	Immissionsschutz
	Klima (Erhaltung einer spezifischen Ausprägung)
	Biotopschutz (Ökopschutz)
	Verbesserung/Erhaltung des Landschafts- bzw. Ortsbildes, Umgebungsschutz von Denkmälern











































































































Schutzgebiete und Schutzgebietsvorschläge (§5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB) Bestand Planung

	Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzes	
	Naturschutzgebiet	
	Landschaftsschutzgebiet	
	Naturdenkmal	
	Geschützter Landschaftsbestandteil	
	Bannwald (gemäß Regionalplan Region 13 Landshut)	
	Gebiete nach der Fauna-, Flora-, Habitat (FFH) - Richtlinie (gemäß Bay. SIMLU)	
	Gartendenkmal gemäß Art. 1 Abs. 2 BayDSchG	

Sonstige Vermerke, Kennzeichnungen und Nachrichtliche Übernahmen

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
	Höhenlinien
	Flurgrenze
	Umgrenzung von Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
	Flächen für Bahnanlagen
	bestehender Hauptbahnhof / Bahnhof
	Bodendenkmäler, flächenhafte Darstellung
	Bodendenkmäler (Bay. Landesamt für Denkmalpflege)
	Geotope (Bay. Geologisches Landesamt)
	Umgrenzung von Altlastenflächen mit einem großräumigen Grundwasserdechen (§5 Abs. 3 BauGB) (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsgem.) Die Kennzeichnung dient als Warnhinweis und hebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.
	Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, Flächengröße unter 1000 m² (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsgem.)
	Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, Flächengröße ab 1000 m² (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsgem.)
	Betriebe, die aufgrund ihrer Art im Umfeld zu erheblichen Belastungen durch Emissionen (Lärm und Luftschadstoffe) führen können. Daraus können sich im Umfeld Nutzungsbeschränkungen ergeben (Einwohlergründung)
	Hinweis auf erwünschte Stärkung von Zentrumsfunktionen
	Umgrenzung von Gesamtanlagen (Ensembles), die dem Denkmalschutz unterliegen (§5 Abs. 4m §9 Abs. 6 BauGB)
	Sanierungsgebiet (nach BauGB, Besonderes Städtebaurecht)
	Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umweltauswirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§5 Abs. 2 Nr. 6 und Abs. 4 BauGB)
	Bereiche, die einer planerischen Vertiefung bedürfen

Legende Landschaftsplan

	Siedlungsfläche				
Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)		Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und 5 BauGB)		Planung	
	Öffentliche Verwaltungen		Gliedernde und abschirmende Grünflächen		
	Schule		Parkanlage		
	Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen		Dauerkleingärten		
	Sozialen Zwecken dienende Gebäude		Sportplatz		
	Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen		Spielplatz		
	Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtung		Zeltplatz		
	Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen		Badeplatz, Freibad		
	Feuerwehr		Friedhof		
	Kindergarten		Bauflächen mit Grünfunktion		
	Sportanlagen		Naherholungsgebiet (ehem. Müllberg)		
			Einzelbäume		
			Baumreihe		
		Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)			
			Still- und Fließgewässer		
			Wasserschutzgebiet (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)		
			Überschwemmungsgebiet HQ ₁₀₀ (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)		
			Hochwasserrisikogebiet HQ ₁₀₀₀ (nachrichtliche Übernahme Wasserwirtschaftsamt)		
			Quellen		
			Regenwasserrückhaltebecken		
		Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§5 Abs. 2 Nr. 9 und 10 BauGB)			
			Waldfläche		
			Waldflächen, geschützt nach Artikel 13d BayNatSchG		
			landschafts- und Ortsbildprägende Gehölze		
			landschafts- und Ortsbildprägende Gehölze, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG		
			Streuobstbestände		
			Acker- und Grünlandflächen		
			Erwerbsgartenbau		
			Bei nicht anderweitiger Nutzung für eine Aufforstung vorrangig zu prüfen		
		Waldfunktionen (nachrichtliche Übernahme Waldfunktionsplan)			
			Flächenhafte Darstellung		
			Sichtschutz/Schallschutz		
			Immissionsschutz		
			Klima (Erhaltung einer spezifischen Ausprägung)		
			Biotope (Ökotope)		
			Verbesserung/Erhaltung des Landschafts- bzw. Ortsbildes, Umgebungsschutz von Denkmälern		
		Schützenswerte Kleinstrukturen			
			Ungefasste Quellen, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG		
			Natürliche oder naturnahe Bach- und Flußabschnitte, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG		
			schützenswerte Kleinstrukturen, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG		
			Mager- und Trockenstandorte, geschützt nach Art. 13d BayNatSchG		
			sonstige wertvolle Mager- und Trockenstandorte		
			Staudenfluren		
		Schutzgebiete und Schutzgebietsvorschläge (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB)			
		Bestand		Planung	
			Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzes		
			Naturschutzgebiet		
			Landschaftsschutzgebiet		
			Naturdenkmal		
			Geschützter Landschaftsbestandteil		
			Nach Art. 13e BayNatSchG geschützte Flächen (kein Anspruch auf Vollständigkeit)		
			Nach Art. 13d BayNatSchG geschützte Fläche		
			Amtlich kartierte Biotope mit Flächennummern		
			Aus den Biotopflächen ausgeschlossene Bereiche		
			Zerstörte Biotopflächen		
			Bannwald (gemäß Regionalplan Region 13 Landshut)		
			Gebiete nach der Fauna-, Flora-, Habitat (FFH) - Richtlinie (gemäß Bay. StMLU)		
			Gartendenkmal gemäß Art. 1 Abs. 2 BayDSchG		
		Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft			
			Nutzungsregelung		
			Bewirtschaftungsregelung		
			Handlungsverbote, Handlungseinschränkungen		
			Sicherungsvorkehrungen und -maßnahmen		
			Bepflanzungsmaßnahmen (kleinmaßstäblich)		
			Erhaltung von Vegetationsbeständen (kleinmaßstäblich)		
			Bezifferung einzelner Maßnahmen mit Bezug auf den Erläuterungsbericht		
			Erhaltung von Kleinstrukturen als Habitate und erlebniswirksame Elemente		
			Reaktivierung trockenengefallener Bachläufe		
			Förderung ökologischer Bewirtschaftungsregelung zum Schutz des Grund- und Oberflächenwassers		
			Biotopvernetzungsachsen, abgeleitet aus Kartierung und Vorgaben des Regionalplanes		
			Schwerpunktum für die Kompensation von Eingriffen in den Naturhaushalt		
			Naturerfahrungsräume		
		Sonstige Vermerke, Kennzeichnungen und Nachrichtliche Übernahmen			
			Grenze des räumlichen Geltungsbereichs		
			Höhenlinien		
			Flurgrenze		
			Umgrenzung von Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft		
			Flächen für Bahnanlagen		
			bestehender Hauptbahnhof / Bahnhof		
			Bodendenkmäler, flächenhafte Darstellung		
			Bodendenkmäler (Bay. Landesamt für Denkmalpflege)		
			Geotope (Bay. Geologisches Landesamt)		
			Umgrenzung von Altlastenflächen mit einem großräumigen Grundwasserschaden (§ 5 Abs. 3 BauGB) (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsamt) (Die Kennzeichnung dient als Warnhinweis und erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.)		
			Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, Flächengröße unter 1000 m² (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsamt)		
			Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, Flächengröße ab 1000 m² (nachrichtliche Übernahme Amt für techn. Umweltschutz und Ordnungsamt)		
			Bereiche, die einer planerischen Vertiefung bedürfen		
		Maßstab 1 : 10 000			
					

Maßstab 1 : 10 000



LAVV-Tarif zur befristeten Einführung des 9-Euro-Tickets mit Änderung des LAVV-Tarifs vom 1.5.2022

Vorbemerkung

Am 23.3.2022 hat der Koalitionsausschuß der Bundesregierung angekündigt, dass für drei Monate ein vergünstigtes Monatsticket im ÖPNV angeboten werden soll. Dem Bund geht es darum, die Bürger hinsichtlich gestiegener Energiekosten zu entlasten, und eine Teilhabe an umweltfreundlicher Mobilität zu ermöglichen. Bundestag und Bundesrat haben am 19./20.5.2022 das Regionalisierungsgesetz geändert und so das 9-Euro-Ticket auf den Weg gebracht und die Finanzmittel bereitgestellt.

1. Absenkung des Tarifs und Netzgeltung

Das 9-Euro-Ticket ist zunächst eine Tarifmaßnahme, da von Juni bis August 2022 der Tarif der LAVV-Monatskarte für Jedermann auf 9 Euro inkl. 7 % USt pro Monat abgesenkt wird. Es handelt sich dabei um ein personengebundenes Netzticket, d.h. die sonst bestehende Bindung an bestimmte Zonen ist aufgehoben (Netzwirkung). Es ist personalisiert und gilt nur in Verbindung mit einem Lichtbildausweis.

2. Gleichgestellte Tickets

Aus Gründen der Tarifgerechtigkeit gelten sowohl die Tarifiermäßigung auf 9 Euro pro Monat als auch die Erweiterung des Geltungsraums (Netzwirkung) auch für gleichgestellte Tickets, d.h. für alle anderen Inhaber von „LAVV-Monatskarten“ im weitesten Sinn. Dies sind Monatskarten für Schüler und Auszubildende, Jahres- und Halbjahreskarten, Job-Tickets und Semestertickets der Hochschule Landshut.

Sofern diese Tickets personalisiert sind, gilt diese Personalisierung im LAVV weiter: über die Schulen ausgegebene Monatskarten für Schüler und Auszubildende, Job-Tickets und Semestertickets der Hochschule Landshut

Sofern sie übertragbar sind, bleiben sie übertragbar: selbst gekaufte Monatskarten für Schüler und Auszubildende, Jahres- und Halbjahreskarten

Im übrigen gelten die LAVV-Tarifbestimmungen bei den gleichgestellten Tickets weiter: Mitnahmeregel, Gepäckmitnahme, keine Fahrradmitnahme.

3. Nicht mehr angebotene Tickets

Die normalen Monatstickets werden im LAVV für Juni, Juli und August nicht mehr angeboten, alle anderen Tickets schon.

4. Bundesweite Geltung der LAVV-Tickets

Zusätzlich gelten alle im LAVV erworbenen 9-Euro-Tickets und alle gleichgestellten LAVV-Tickets (Monatskarten für Schüler und Auszubildenden, Jahres- und Halbjahreskarten, Job-Tickets, Semestertickets) bundesweit und werden von allen anderen Verkehrsunternehmen und Verbünden anerkannt: Notwendig ist hierfür eine Personalisierung durch einen – ggf. handschriftlichen - Namenseintrag. Ein Lichtbildausweis ist auf Verlangen vorzuzeigen. Es handelt sich insoweit um ein personengebundenes Netzticket für den gesamten ÖPNV + SPNV, d.h. es gilt in allen Nahverkehrszügen, nur in der 2. Klasse, nicht in Zügen und Bussen des Fernverkehrs.

Die Mitnahme weiterer Personen ist außerhalb des LAVV nicht gestattet, sofern dies nicht die Tarifbestimmungen der VUs, die vom Fahrgast genutzt werden, ausdrücklich vorsehen.

5. Anerkennung von anderswo erworbenen 9-Euro-Tickets und gleichgestellter Tickets

Im Gegenzug erkennt der LAVV in dem Dreimonatszeitraum alle 9-Euro-Tickets und gleichgestellten Tickets (alle Tickets, die eine Laufzeit von einem Monat oder mehr haben, also auch Abos, Semester- und Schülertickets, ... jeweils mit Lichtbildausweis) als personalisierte Netztickets im LAVV an. Anerkannt werden nur personalisierte Tickets anderer Verkehrsunternehmer, Eisenbahnen und Verbünde mit Sitz in Deutschland.

Tageszeitliche Beschränkungen entfallen (z.B. 9-Uhr-Abos gelten im LAVV ganztägig). Sonstige örtliche Zusatznutzen werden vom LAVV nicht anerkannt: keine Mitnahmeregel, keine Fahrradmitnahme, keine Mitnahme von Hunden, ...

6. Inkrafttreten und Geltung

Diese Tarifbestimmungen sind im Zeitraum vom 1.6. bis 31.8.2022 vorrangig vor dem LAVV-Tarif vom 1.5.2022. Der Tarif vom 1.5.2022 gilt also ergänzend, d.h. bis zu vier Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr werden in Begleitung von Erwachsenen (Begleitperson über 15 Jahre) unentgeltlich befördert.

Diese Tarifbestimmungen sind genehmigt nach § 8 RegG und bedürfen daher keiner Genehmigung der Regierung von Niederbayern, sie werden ihr aber angezeigt.

Diese Tarifbestimmungen werden im Amtsblatt von Stadt oder Landkreis Landshut veröffentlicht und auf der Homepage des LAVV.

Landshut, den 20.5.2022

Der Verbandsvorsitzende

OB Alexander Putz